

FRIEDENS JOURNAL



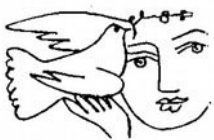
Bundeswehr: Aufrüstung, Großmanöver und Propaganda

Quelle: Tobias Nordhausen / CC BY-NC-SA 2.0 (Flickr)



Bundeswehr-Vorführung "Der Panzerzug im Angriff" beim Tag der offenen Tür am 28.09.2019 im thüringischen Bad Frankenhausen

- Nachhaltigkeit und Klimaschutz – nur ohne Bundeswehr!
- Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan – Eine Bilanz
- „Defender 2020“: NATO-Aufmarsch gegen Russland
- Die Militarisierung der Ostseeregion
- Bundeswehr-Werbung auf allen Kanälen
- „Wehrpflicht“: Wiederkehr der Zwangsdienste?
- Militär: Eine Bürokratie mit Kampfauftrag



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Nov. - Dez. 2019/Nr. **6**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Nachhaltigkeit und Klimaschutz - nur ohne Bundeswehr!	3
Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan – Eine Bilanz	6
„Defender 2020“ - Aufmarsch gegen Russland	8
Die Militarisierung der Ostseeregion	10
Bundeswehr-Werbung auf allen Kanälen	11
„Wehrpflicht“: Wiederkehr der Zwangsdienste?	12
Militär: Eine Bürokratie mit Kampfauftrag	14

BUCHBESPRECHUNG

Heutige Kriegsführung im historischen Kontext	15
---	----

RUBRIKEN

Aufruf gegen Bundeswehr-Werbeveranstaltungen	5
Defender 2020: Manöver als Infrastruktur-Stresstest	9
Rechtsextreme in der Bundeswehr	13
Friedensnetz Baden-Württemberg	16

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31.10.2019
Die nächste Ausgabe geplant für den 2.1.2020

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließlich digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
Christine Buchholz, Lühr Henken,
Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

Bundeswehr: Aufrüstung, Großmanöver und Propaganda

Liebe Leserinnen und Leser,

hohe Wellen hat unlängst der Vorschlag von Verteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer geschlagen, dass die Bundeswehr doch für eine Schutzzone in Nordsyrien zum Einsatz kommen könne. Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob dieses nur die Idee einer Novizin im Amt gewesen ist oder nur den bisherigen Höhepunkt einer politischen Strategie darstellt, bei der es darum geht, möglichst viele Einsatzgebiete für die Bundeswehr weltweit zu erschließen.

Dabei gibt es bis heute seit der Neuausrichtung der Bundeswehr auf weltweite Einsätze kein einziges Beispiel dafür, dass damit ein „nachhaltiger“ Erfolg im Sinne der bekundeten Absichtserklärungen erzielt worden wäre. In dem Beitrag von Karl-Heinz Peil wird dargestellt, dass das BMVg dennoch mit sogenannten Nachhaltigkeitsberichten eine Selbstdarstellung praktiziert, die mit der Realität nichts zu tun hat. Aus seinem Beitrag ergibt sich auch eine interessante Perspektive darauf, wie man Zielsetzung und praktische Tätigkeit mit einem offiziellen Budget von 45 Mrd. Euro durch Nebelkerzen nach außen hin versteckt.

Wie diese Realität am Beispiel des bisher längsten Bundeswehreininsatzes in Afghanistan aussieht, wird in dem Beitrag von Christine Buchholz aufgezeigt, die als Mitglied des Verteidigungsausschusses und des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Kundus-Massaker 2009 dazu bestens informiert ist.

Kann man die bisher erfolgten Bundeswehr-Auslandseinsätze bestenfalls noch als nutzlos bezeichnen – wie auch die Beispiele der Einsätze im Kosovo und in Mali eindeutig aufzeigen – so sind die gesteigerten Manövertätigkeiten innerhalb der NATO brandgefährlich für den Weltfrieden. Insbeson-

dere das im nächsten Jahr geplante Großmanöver „Defender 2020“ muss uns als Friedensbewegung bereits jetzt beschäftigen. Der Zeitraum, für den das Großmanöver angesetzt ist, fällt auch zusammen mit dem 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, an dem die Sowjetunion mit dem hohen Blutzoll von 27 Millionen Toten den größten Anteil hatte. Damit wird auch der Kampf gegen Geschichtsvergessenheit eine Schwerpunktaufgabe im nächsten Jahr.

Dass „Defender 2020“ nur ein vorläufiger Höhepunkt der seit Jahren aufgebauten Drohkulisse gegen Russland ist, zeigt auch der Beitrag von Merle Weber zur (schleichenden) Militarisierung der Ostseeregion.

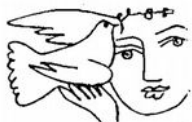
Um diese Entwicklung voranzutreiben, bemüht sich das BMVg zunehmend aggressiver mit Werbekampagnen zur Rekrutierung, wie in dem Beitrag von Markus Pflüger dargestellt. Da dieses jedoch nicht wie gewünscht verfährt, wird auch die Wiedereinführung der sog. Wehrpflicht wieder stärker in die Diskussion gebracht. Gernot Lennert stellt hierzu den Stand der Debatte und mögliche Zukunftsszenarien vor.

Der Kampf gegen die in unseren Beiträgen dargestellte Militarisierung bedeutet vor allem, die Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ fortzusetzen, da Beschlüsse der jüngsten Gewerkschaftstage von IG Metall und ver.di zum Thema Frieden und Abrüstung als starker Rückenwind anzusehen sind. Bei den beiden genannten Gewerkschaften vor allem präsent ist die Forderung nach einer sozial-ökologischen Wende. Dieses ist auch ein zentrales Thema bei dem anstehenden Friedensratschlag in Kassel, wo es aufgrund der vorgesehenen Beiträge neue Impulse für das Zusammenwirken von Friedens- und Umweltbewegung geben wird.

Die Redaktion

**26. Friedenspolitischer Ratschlag
7. und 8.12.2019 in Kassel**
**Nein zum Krieg – Abrüsten statt Aufrüsten -
Atomwaffen verbieten**

Programmflyer siehe
Heftbeilage, Anmeldungen
per E-Mail erwünscht unter
anmeldung@friedensratschlag.de



Nachhaltigkeit und Klimaschutz - nur ohne Bundeswehr!

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Im Bundeshaushalt beträgt derzeit der Anteil des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) mit dem Einzelplan 14 allein 12% des Gesamthaushaltes. Während aber in den anderen Ministerien und Einzelplänen Ausgaben im wesentlichen als Transferleistungen erfolgen, wird vom BMVg mit der Bundeswehr die größte staatliche Einzel-Institution verwaltet bzw. mit dem im Einzelplan 14 ausgewiesenen 45 Mrd. Euro finanziert. Hinzu kommen weitere militärische Ausgaben nach NATO-Kriterien, mit denen die Rüstungsausgaben auf 50 Mrd. Euro steigen. Doch wie wird die Existenzberechtigung dieser Institution begründet, die in früheren Zeiten mit Slogans wie "Wir produzieren Sicherheit" oder "Der Frieden ist unser Auftrag" antrat und heute mit dem nichtssagenden "Wir dienen.- Deutschland" auf Werbetour geht? Wie die aktuellen Aufgaben dieser Institution beschrieben sind, ergibt sich aus dem Bundeswehr-Weißbuch 2016 und ergänzend dazu aus der 2018 vom BMVg erstellten Richtlinie "Konzeption der Bundeswehr". Letztere behandelt die vorgesehenen bzw. als notwendig erachteten Fähigkeiten der Bundeswehr. Das Stichwort Nachhaltigkeit taucht in beiden Dokumenten praktisch nicht auf, d.h. nur eher zufällig im Kontext Beschaffung und Personalentwicklung. Umso verwunderlicher ist es deshalb, dass seit 2012 im Zwei-Jahres-Turnus vom BMVg sogenannte Nachhaltigkeitsberichte herausgegeben werden, bei denen in der letzten Ausgabe 2018 sehr intensiv auf die Agenda 2030 bzw. die UN-Nachhaltigkeitsziele Bezug genommen wird.

Klimakrise als Chance für die Bundeswehr?

Der Klimawandel wurde bisher nur im Bundeswehr-Weißbuch 2016 kurz thematisiert. Auf Seite 42 heißt es dort mit Hinblick auf deutsches „Engagement zur Krisenprävention und Stabilisierung“:

„In Verbindung mit Ressourcenknappheit und demographischem Wachstum wirken klimatische Veränderungen insbesondere in Regionen

fragiler Staatlichkeit zusätzlich destabilisierend und konfliktverstärkend. Mangelnde staatliche Kompensationsfähigkeit kann dabei eine Abwärtsspirale beschleunigen. Staatsversagen, gewaltsame Auseinandersetzungen und Migrationsbewegungen – zumeist entlang bereits bestehender gesellschaftlicher Konfliktlinien – wären die Folge.

Mit anderen Worten: Der Klimawandel wird als Chance für weitere Bundeswehreinsätze weltweit gesehen. Anlässlich einer Tagung des BMVg am 18. Juni 2019 zum Thema „Zukunftsszenarien Klimawandel“ äußerte sich Prof. Dr. Carlo Masala von der Bundeswehr-Universität München dazu wie folgt

„Wenn die globale Erwärmung um zwei Grad steigt, dann werden unter Umständen auch Einsätze im Rahmen multilateraler Koalitionen oder Bündnisse erfolgen, die dazu dienen Flüchtlingsströme zu managen oder aber Hilfsaktionen in Gegenden durchzuführen, die überschwemmt sind. Also, es wird möglicherweise ein zusätzliches, neues Aufgabenspektrum auf Deutschland und die NATO zukommen.“

Interessant ist, dass die Herausforderungen durch den Klimawandel in Nachhaltigkeitsberichten der Verteidigungsministerien anderer NATO-Staaten wie Kanada, Großbritannien und Dänemark thematisiert werden, nicht jedoch in denen des BMVg.

Was heißt Nachhaltigkeit?

In dem 1987 vorgelegten Bericht der sogenannten Brundtland Kommission, auch Weltkommission für Umwelt und Entwicklung genannt, wurde der Nachhaltigkeitsbegriff als zentrales Element aufgenommen und wie folgt definiert:

Nachhaltig ist eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

„Dauerhafte (nachhaltige) Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.

*Zwei Schlüsselbegriffe sind wichtig: der Begriff **Bedürfnisse**, insbesondere die Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt sollen Priorität haben; der Gedanke von **Beschränkungen**, die der Stand der Technologie und der sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen.“*

Auf dieser Basis wurde auf dem Weltgipfel 1992 beschlossen, nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, was als Aktionsprogramm unter dem Begriff Agenda 21 auf den Weg gebracht wurde. Als Nachfolge gelten

Quelle: UNO

SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS



die 17 Sustainable Development Goals (SDG) von 2016 bis 2030 bzw. die Agenda 2030. Auf dieser Basis gibt es auch nationale Aktionsprogramme, wie die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie in der aktuellen Fassung von 2016.

Exemplarisch dazu eine Kritik des Umweltverbandes BUND:

„Entlang dieser 17 Ziele hat die Bundesregierung die neue Strategie auch gegliedert. Sie benennt Prioritäten, Indikatoren und geplante Maßnahmen – Ziele bis 2030 fehlen jedoch weitestgehend. Der Ansatz der neuen Strategie geht zwar in die richtige Richtung, wird aber dem umfassenden Anspruch der SDG nicht gerecht, Hunger und Armut zu beenden, Zugang zu bezahlbarer, moderner und nachhaltiger Energie für alle Menschen auf der Welt zu schaffen, nachhaltigen Konsum sicherzustellen – und vieles mehr.“

Nachrichtungsberichte – was steht drin und warum?

Diese Form des Berichtswesens hat sich in den beiden letzten Jahrzehnten zunächst bei Großunternehmen etabliert und kann als Speerspitze von „Greenwashing“ bezeichnet werden. Wer davon ein praktisches Verständnis haben möchte, dem sei die Lektüre entsprechender Berichte der

deutschen Automobilkonzerne empfohlen.

Mittlerweile werden auch von mittelständigen Unternehmen und behördlichen Institutionen (wie dem BMVg) solche Berichte herausgegeben. Während jedoch Großkonzerne in solchen Berichten ihrem gar nicht umweltverträgliches Kerngeschäft einen naturgrünen Anstrich verpassen, findet man bei den entsprechenden Berichten des BMVg praktisch überhaupt nichts über das „Kerngeschäft“ der Bundeswehr. Im ersten Bericht dieser Art – der aber bei offizieller Zählweise des BMVg nicht berücksichtigt wird – heißt es noch in der Einleitung:

„Auch wenn die Nachhaltige Entwicklung nicht zum Kerngeschäft des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) gehört, findet sie im Verteidigungsressort ihren besonderen Niederschlag in Begriffen wie ‚nachhaltige Konfliktlösungen‘, ‚vorausschauende und nachhaltige, letztlich erfolgreiche Sicherheitspolitik‘, ‚nachhaltige Friedenslösungen‘, ‚nachhaltige Konsolidierung von Frieden und Stabilität‘, ‚nachhaltige Friedenssicherung“.

In der aktuellen Ausgabe 2018 heißt es hingegen im Vorwort von Ursula von der Leyen:

„Mit dem nun vorliegenden dritten Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr zeigt sich, dass der Nachhaltigkeit auch im internen Verwaltungshandeln des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr dauerhaft eine bedeutende Rolle zukommt. Die ergriffenen Maßnahmen tragen zur Umsetzung einer Vielzahl der in der Agenda 2030 formulierten Ziele zur nachhaltigen Entwicklung bei.“

BMVg: Nebelkerzen statt Nachhaltigkeit

In den bisherigen Berichten wird in erster Linie auf Maßnahmen der Behörde verwiesen, die in den standortbezogenen Bereichen Immobilien, Logistik und Infrastruktur angesiedelt sind und damit für die mittlerweile als Kernaufgabe definierten Auslandseinsätze der Bundeswehr nur nachrangige Bedeutung haben. Doch selbst bei den behandelten Einzelthemen fällt

die Bilanz insgesamt sehr dürrig aus. So werden zum Bau und energieeffizienten Betrieb von Gebäuden Einzelprojekte und Absichtsbekundungen detailliert dargestellt. Bei einem Gesamtbestand von insgesamt 34.000 Gebäuden in ca. 1.500 Liegenschaften wären aber nur Masterpläne mit belastbaren Zielvorgaben für die energetische Sanierung und Optimierung dieses Bestandes aussagekräftig. Lediglich bei der behördenintern verordneten Verwendung von Recyclingpapier wird eine Zielmarke von 95% genannt, die auch erreicht werden könne.

Viel Platz widmen die Nachhaltigkeitsberichte dem Naturschutz auf Truppenübungsplätzen. Diese müssen für Schießübungen von Soldaten und Panzerbesatzungen großflächig als offenes Gelände frei von größerem Baumbewuchs gehalten werden. Damit entstehen Flächen, die eine spezielle Biodiversität ermöglichen, wie sie in Deutschland nur auf wenig anderen Flächen möglich ist. Allerdings hat vor einem Jahr der durch Schießübungen ausgelöste Moorbrand bei Meppen mit den verheerenden Folgen – auch wegen der damit verbundenen gigantischen CO2-Emissionen – aufgezeigt, wie fragwürdig ein von der Bundeswehr ausgewiesener Naturschutz ist.

Auch beim Umweltschutz im weiteren Sinne kann der naturgrüne Anstrich nicht verdecken, dass der Militärbetrieb gewaltige Folgekosten durch Schadstoffe verursacht, die im Boden und letztlich auch im Grundwasser zurück bleiben. Dieses gilt vor allem für PFC-Chemikalien, die in Deutschland auf mehr als 20 Militärstandorten nachgewiesen und auf über 100 weiteren Standorten mutmaßlich vorhanden sind. Solche Probleme werden von dem Bundesamt für Infrastruktur, Umwelt und Dienstleistungen (IUD), das für die Nachhaltigkeitsberichte verantwortlich zeichnet, natürlich ausgeblendet.

Rüstungskontrolle? Korruptionsbekämpfung?

Geradezu grotesk mutet der Umgang mit dem Thema Rüstungskontrolle an. Hier wird auf einen Passus der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 Bezug genommen, mit dem man



weltweit Projekte zur Sicherung, Registrierung und Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen unterstützen will. Hierzu werden Bundeswehrexperthen eingesetzt, was quasi der einzige Verweis auf Auslandseinsätze ist. Die eigentlichen Auslandseinsätze der Bundeswehr werden hingegen komplett unterschlagen. Sicherlich aus guten Gründen, denn in den Ländern mit der längsten Präsenz ausländischer Streitkräfte inklusive Bundeswehrbeteiligung gibt es alles andere als eine nachhaltige Entwicklung nach den Kriterien der Agenda 2030. Afghanistan ist nach 18 Jahren immer noch eines der ärmsten Länder weltweit. Der Kosovo wurde nach 1999 nicht nur zum Armenhaus Europas, sondern ist heute von hochgradig korrupten und mafiösen Behördenstrukturen gekennzeichnet. Dafür erfährt man aber im BMVg-Nachhaltigkeitsbericht 2018 einiges über behördeninterne Vorkehrungen zur Korruptionsbekämpfung.

Fazit: Nachhaltigkeitsstrategie einfordern

Vor kurzem wurde über eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) berichtet, die in einer Forderung nach einem 450 Mrd. Euro schweren staatlichen Investitionsfond für die kommenden 10 Jahre mündet. Das heißt: Der deutsche Staat soll ab 2020 jähr-

lich 45 Mrd. Euro mehr ausgeben als bislang eingeplant. Verwiesen wird dabei auf mangelnde und fehlende Infrastruktur und „neue Bedarfe“ für Klimaschutz und digitale Infrastruktur.

Dieser jährliche Betrag von 45 Mrd. Euro entspricht (zufällig?) dem Einzelplan 14 für das BMVg im Bundeshaushalt 2020 als zweitgrößten Etat. Während aber der größte Etat im Bundeshaushalt für Arbeit und Soziales in Transferleistungen besteht, wird mit dem Etat des BMVg eine Institution mit ca. 250.000 zivilen und militärischen Mitarbeitern finanziert, die damit die Größenordnung eines industriellen Großkonzerns hat. Stellt man nun die berechnete Frage, was diese Institution eigentlich leistet, so lautet die Antwort: Jedenfalls offenbar nichts, was in den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg darstellbar wäre.

Das BMVg versucht, die Bundeswehr als größte staatliche Institution und als solche auch größten staatlicher Einzelemittent von Treibhausgasen mit Nebelkerzen bzw. Belanglosigkeiten zum Thema Nachhaltigkeit zu verstecken. Eine Delegitimierung der Bundeswehr sollte deshalb hier ansetzen und folgende Fragen in den politischen Diskurs bringen:

1. Wofür werden vom BMVg (im Haushaltsjahr 2020) 45 Mrd. Euro budgetiert bzw. 50 Mrd. Euro nach NATO-Kriterien im Haushalt eingestellt?

2. Wofür könnte man diesen Betrag im Sinne einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie am besten einsetzen?

3. Inwieweit ist der aufgeblähte Rüstungshaushalt auch bezüglich der notwendigen Ressourcen für die weltweite Agenda 2030 und den Klimaschutz ein wesentlicher Teil des Problems?

Eine besondere Rolle spielen hierbei die UN-Nachhaltigkeitsziele. Ob mit oder ohne Nachhaltigkeitsstrategie: Deren Gebrauch bzw. Missbrauch erfordert umfassende zivilgesellschaftliche Aufklärung, um diese aus dem Schattendasein im politischen Diskurs heraus zu bringen.

Auch nach Vorlage von mittlerweile vier, bzw. offiziell drei Nachhaltigkeitsberichten des BMVg gibt es dort keine diesen Berichten zugrunde liegende Nachhaltigkeitsstrategie. Dieses wird auch nicht durch den aktuellen Rückgriff auf die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016 kompensiert.

Die inhaltliche Rückständigkeit der BMVg-Nachhaltigkeitsberichte ist aber leider nur ein Abbild dessen, was seitens der bisherigen Bundesregierungen gegen den Klimawandel unternommen wurde, siehe das kürzlich verabschiedete, nur propagandistisch wirksame „Klimapaket“. Es gibt deshalb viele Gründe, von der Bundesregierung hierzu eine überfällige Positionierung einzufordern.

Gemeinsamer Aufruf zu bundesweiten Protesten gegen Bundeswehr-Werbeveranstaltungen am 12. November 2019

des Bundesausschuss Friedensratschlag und der Kooperation für den Frieden

Statt 50 Mrd. Euro für die Rüstung die Mittel für Klimaschutz, zivile Infrastruktur und Sozialausgaben einsetzen.

Im November soll der Bundeshaushalt 2020 verabschiedet werden. Bislang ist vor allem bei den "Verteidigungsausgaben" eine kräftige Steigerung vorgesehen. Einschließlich der in anderen Etatposten versteckten Ausgaben ergibt sich eine Größenordnung von 50 Mrd. Euro (nach NATO-Kriterien). Während für notwendige Zukunftsausgaben und die sozial-ökologische Wende angeblich das Geld fehlt, werden Rüstungsprojekte für noch mehr Zerstörungspotenzial und weltweite Einsätze in Konflikt- und Kriegsregionen über Jahre hinaus im Bundeshaushalt fest eingeplant.

Die Kooperation für den Frieden und der Bundesausschuss Friedensratschlag rufen dazu auf, durch Aktionen und öffentliche Wortmeldungen gegen diesen eklatanten Missstand zu protestieren.

Ebenso beunruhigen uns das mit den Rüstungsanstrengungen einhergehende Schüren von Feindbildern und die zunehmend aggressivere Werbung für die Bundeswehr. Insbesondere die Absicht, am 12. November in den Bundesländern öffentliche Rekrutenvereidigungen abzuhalten, soll dazu herhalten, die Bundeswehr entgegen der Stimmung in der breiten Bevölkerung wieder salonfähig zu machen. Wir lehnen diese innere Militarisation unserer Gesellschaft ab!

Die Kooperation für den Frieden und der Bundesausschuss Friedensratschlag fordern aus diesem Anlass:

- keine Erhöhung der Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt, sondern Schritte zu Rüstungskonversion und Abrüstung
- Investitionen für sozial-ökologische Zukunftsaufgaben im Inland und globale Nachhaltigkeit
- eine aktive Friedenspolitik statt Propaganda für den Kriegsdienst in der Öffentlichkeit.

Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan – Eine Bilanz

von Christine Buchholz, MdB DIE LINKE (Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag)

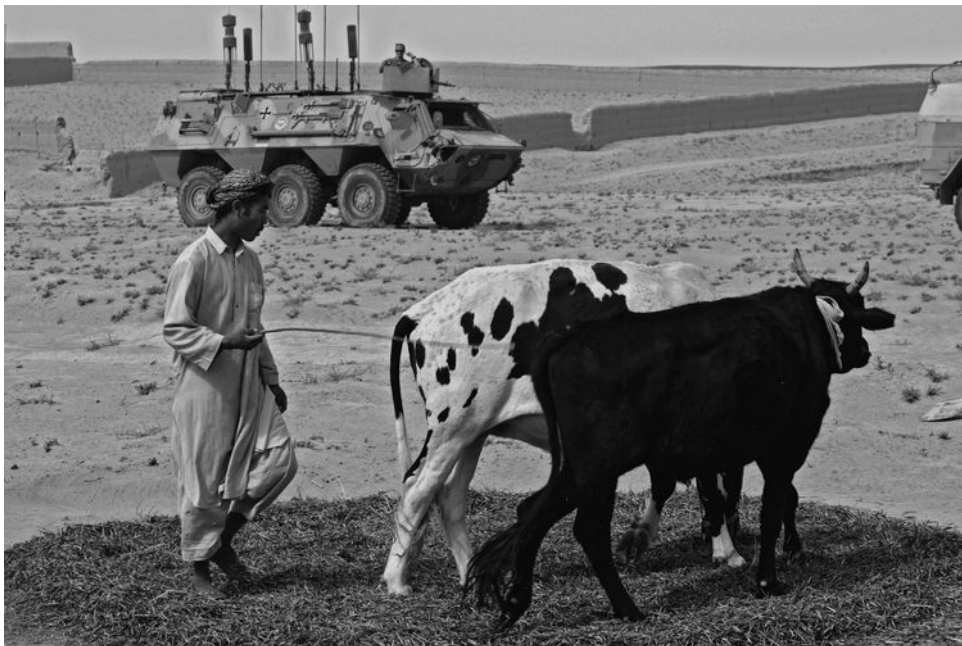


Foto: (Bundeswehr-)ISAF-Schutztruppe mit Dingo-Panzern auf Patrouille in einem Dorf bei Kunduz (8.10.2008), Quelle: EPD-Bild, Stefan Trappe

Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr geht ins neunzehnte Jahr, ohne dass ein Ende in Sicht wäre. Doch nicht nur das Kriegsende lässt auf sich warten, auch die Aufarbeitung einzelner grausamer Kapitel.

Am 4. September 2009 bombardierten NATO-Kampfflugzeuge auf Befehl von Georg Klein, damals Oberst der Bundeswehr, zwei im nordafghanischen Fluss Kundus steckengebliebene Lastkraftwagen ohne Vorwarnung aus der Luft. Dies, obgleich sich zahlreiche Menschen aus den umliegenden Dörfern bei den Lastkraftwagen befanden. Bei diesem Angriff starben bis zu 140 afghanische Zivilisten, darunter zahlreiche Kinder. Viele weitere sind verletzt und traumatisiert worden. Es war das größte Kriegsverbrechen, das deutsche Streitkräfte seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu verantworten haben.

Vor zehn Jahren, als die Wahrheit Stück für Stück ans Licht kam, entließ Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg den Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, und Staatssekretär Peter Wichert aus dem Amt. Dann trat der während des Bombardements amtierende Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung als Bundesarbeitsminister zurück. In allen drei Fällen

stand der Vorwurf im Raum, dass die politisch Verantwortlichen den Sachverhalt und die Rolle der Bundeswehr zu verschleiern trachteten.

Doch Tatsache ist, dass auch die Nachfolgeregierungen nichts dafür getan haben, um den Vorgang angemessen aufzuarbeiten. Es gab und gibt keine offizielle Entschuldigung. Den Hinterbliebenen wurde das Recht auf Entschädigungszahlungen abgesprochen. Oberst Klein hingegen ist später zum Brigadegeneral befördert worden.

Zivilisten als „legitime Ziele“ bei Luftangriffen

Zusammen mit anderen Abgeordneten der Linksfraktion habe ich den zehnten Jahrestag zum Anlass genommen, um der Bundesregierung insgesamt sechs Einzelfragen nach dem aktuellen Stand der Aufarbeitung und den Konsequenzen aus dem Bombardement zu stellen. Die Antworten sind so erschreckend wie erwartbar.

Die Bundesregierung lässt in ihren Antworten an keiner Stelle irgendein Bedauern über das Geschehene erkennen. Stattdessen zitiert sie zustimmend die Bundesanwaltschaft mit der Behauptung, der Luftangriff auf wehrlose Zivilisten sei „völkerrechtlich zulässig und damit strafrechtlich gerecht-

fertigt“ gewesen. Die Bundesregierung unterstreicht, der Angriff habe sich gegen „legitime Ziele im Sinne des humanitären Völkerrechts“ gerichtet.

Die Bundesregierung beruft sich auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, die 2010 eingestellt worden sind, als auch auf die diesbezüglichen Gerichtsverfahren. 2016 bestätigte der Bundesgerichtshof (BGH), dass die Opfer des Luftangriffs keinen Anspruch auf Entschädigung durch die Bundesrepublik hätten. Zur Begründung für die Ablehnung der Entschädigungsforderungen hieß es, dass der damalige Bundeswehr-Oberst Georg Klein „nach Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Aufklärungsmöglichkeiten“ nicht habe erkennen können, dass sich im Zielbereich des Luftangriffs Zivilisten befanden. Die getroffene militärische Entscheidung sei daher „völkerrechtlich zulässig“ gewesen.

Der BGH entschied, dass die Kläger auch nach Amtshaftungsrecht keinen Schadenersatz geltend machen können. Zwar müsse der Staat Schäden ersetzen, die aus einer „vorsätzlichen oder fahrlässigen“ Amtshandlung von Beamten entstanden sind. Diese Grundsätze seien jedoch nicht auf Soldaten im Kampfeinsatz anwendbar.

Mit anderen Worten: Der oberste deutsche Gerichtshof hat der Bundeswehr praktisch einen Persilschein für künftige Kampfeinsätze und folgenden „Kollateralschäden“ ausgestellt. Wie schon 1994, als das Bundesverfassungsgericht Auslandseinsätze außerhalb des NATO-Bündnisgebietes für grundgesetzkonform erklärte, flankiert die Justiz die von der Exekutive planmäßig vorangetriebene Militarisierung der deutschen Außenpolitik.

Afghanistan als Schule für Kriegsführung

Dies verdeutlicht: Bei dem Afghanistaneinsatz der Bundeswehr ging es nie um die afghanische Bevölkerung. Seine Funktion bestand aus Sicht der Herrschenden darin, Deutschland wieder zu einer international agierenden Militärmacht zu machen.

Der Einsatz zwischen 2002 und 2014 im Rahmen der NATO-geführten *International Security Assistance Force (ISAF)* war eine enorme logistische Herausforderung. Er weitete sich parallel zum eskalierenden Aufstand aus. Deutschland übernahm ab 2006 das Regionalkommando für den gesamten Norden Afghanistans. Die Bundeswehr richtete zu diesem Zweck bei Masar e-Scharif mit Camp Marmal ein mehr als drei Quadratkilometer umfassendes Feldlager ein, das mitsamt eines Flughafens mehrere Tausend Soldaten der ISAF beherbergte.

2007 entsandte die Bundesregierung Aufklärungstornados der Luftwaffe, die Informationen für die Planung und Durchführung militärischer Operationen liefern. Im Folgejahr stellte die Bundeswehr die so genannten *Quick Reaction Forces*, die Kampfoperationen am Boden durchführen. 2011 wurden deutsche AWACS-Flugzeuge nach Afghanistan entsandt.

Zum Höhepunkt des deutschen Einsatzes umfasste das Kontingent 5300 Soldatinnen und Soldaten. Das ließ sich die Bundesregierung etwas kosten. Die zusätzlichen Ausgaben im Rahmen des ISAF-Einsatzes betragen rund 8,8 Milliarden Euro.

Afghanistan hat die deutschen Streitkräfte mehr verändert als jede Bundeswehrreform. Sie wuchsen aus der verhältnismäßig ruhigen nördlichen Zone des Landes in neue Aufgaben hinein, vom aktiven Gefecht über die Beteiligung an den Kommandoaktionen von Spezialkräften (KSK), bis zur Steuerung von Drohnen. Afghanistan war das Testfeld, auf dem die Bundeswehr im Windschatten der US-Streitkräfte den Krieg gelernt hat.

Zum Selbstzweck geworden

In diesem Sinne war der ISAF-Einsatz aus Sicht der Bundeswehrführung erfolgreich. In jeder anderen Hinsicht war er es nicht. Mit dem Ende des Kampfeinsatzes sollte die Bundeswehr nur noch vorübergehend im Land bleiben, im Rahmen einer Beratungs- und Ausbildungsmission (*Resolute Support Mission, RSM*). Doch die anvisierten Termine für einen vollständigen Abzug aus Afghanistan wurden immer wieder revidiert. Seit 2015 nennt die Bundesre-

gierung überhaupt keine Termine mehr. Auch gibt es kaum noch Berichterstattung über die Entwicklung der sozialen und politischen Lage in Afghanistan. Der Bundeswehreinsatz wird vor allem fortgesetzt, um nicht als Verlierer abziehen. Er ist zum Selbstzweck geworden.

Das war nicht die Perspektive, mit der die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder im Herbst 2001 die umstrittene Beteiligung am Krieg einst durchgesetzt hatte. Die Entsendung deutscher Soldaten wurde mit der Unterdrückung der afghanischen Bevölkerung gerechtfertigt. Im Vordergrund stand das Versprechen, mit dem Sturz der Taliban würde ein unterdrückerisches Regime beseitigt und insbesondere Frauen erhielten Rechte.

Im Übrigen ginge es darum, Bin Laden und sein Terrornetzwerk Al-Qa'ida zu besiegen und so die Terrorgefahr insgesamt zu beseitigen. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Peter Struck behauptete, Deutschlands Sicherheit werde „am Hindukusch verteidigt“.

Jahrelang bemühten sich dabei die aufeinanderfolgenden Bundesregierungen, den eskalierenden Konflikt zu beschönigen. In Stellungnahmen wurde darauf geachtet, das Wort „Krieg“ zu vermeiden. Seit 2003 führte die Bundeswehr das sogenannte *Provincial Reconstruction Team (PRT)* im nordafghanischen Kundus, seit 2004 auch das PRT in Faisabad. Der Name sollte den Eindruck erwecken, als würden hier zivile Hilfsorganisationen unter dem Dach militärischen Schutzes ihre Tätigkeit aufnehmen.

Tatsächlich basiert der Nato-Krieg auf der Terrorisierung der afghanischen Bevölkerung. Von den Details erfuhr und erfährt die Öffentlichkeit im Westen fast nichts. Doch je länger der Krieg dauerte, desto unpopulärer wurde er im Westen. Die Bedeutung des Kundus-Massakers lag auch darin, dass es die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland auf das Desaster in Afghanistan gelenkt hat. Es machte für breite Bevölkerungsteile deutlich, dass der Bundeswehreinsatz keines der Versprechen einlösen konnte, mit denen er gestartet war.

Die Bedingungen für die Bevölkerung haben sich auch durch den Übergang von ISAF zu RSM nicht verbessert, weder sozial, noch politisch. Sie war vielmehr von einer Militarisierung des Staatsapparates begleitet. Die afghanischen Streitkräfte sind in den letzten Jahren enorm aufgebläht worden. Ihre Kriegsführung ist genauso wie jene der US-Streitkräfte von zahllosen Verbrechen geprägt. Ohne die finanzielle und militärische Unterstützung durch die USA würde die afghanische Zentralregierung zusammenbrechen.

Kundus-Opfer: Kampf um Anerkennung

Achtzehn Jahre nach Beginn des Krieges in Afghanistan ist von den Versprechungen nichts geblieben. Weder wurde die Wirtschaft entwickelt, noch eine Demokratie aufgebaut. So wie Kundus ein Schlaglicht auf die Realität des Einsatzes warf, so ist die Verleugnung der verbrecherischen Bombardierung von 2009 ein Schlaglicht auf die hohlen Phrasen, mit denen der Einsatz einst gerechtfertigt wurde.

Umso bedeutender ist der hartnäckige Kampf, den einige der Hinterbliebenen zusammen mit ihrem Anwalt Karim Popal weiter führen. So wie Abdul Hanan, der bei dem Bombardement seine beiden Söhne verlor. Nachdem die deutschen Gerichte ihm jede Anerkennung versagt haben, wird nun am 20. Januar 2020 die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg Fall Abdul Hanan verhandeln. Er soll klären, inwieweit die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft, auf die sich die deutschen Gerichte und auch die Bundesregierung stützen, schlampig geführt und voreilig beendet worden sind.

Das ist ein erster Achtungserfolg. Denn die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg nimmt von 60.000 anhängigen Verfahren pro Jahr nur 30 wegen ihrer Bedeutung an.

Abdul Hanan ist nicht allein. Sein Kampf um Anerkennung steht stellvertretend für Millionen vom NATO-Krieg betroffene Afghanen. Eine offizielle Entschuldigung durch die Bundesregierung und die Entschädigung der Hinterbliebenen von Kundus ist überfällig.

"Defender 2020": NATO-Aufmarsch gegen Russland

Redaktion German Foreign Policy (Horst Teubert, Peer Heinelt, Detlef Peikert, Jörg Kronauer)



Bis zu 20.000 US-Soldaten plus Panzer und weiteres Gerät werden ab Anfang 2020 zunächst über den Atlantik und dann durch Deutschland nach Polen und in die Baltischen Staaten verlegt werden. Neben den USA werden sich 16 weitere NATO-Mitglieder an dem Manöver beteiligen, darunter auch die Bundesrepublik. In einem Krieg des NATO-Machtblocks gegen Russland würde Deutschland laut Konzeption der Bundeswehr als "Basis für Operationen, rückwärtiges Einsatzgebiet und Drehscheibe der Unterstützung" dienen. "Defender 2020" bietet Berlin die Gelegenheit, diesem Anspruch Nachdruck zu verleihen.

Mit deutscher Beteiligung

Für die USA beginnt die Übung schon im Januar. Für die Bundesrepublik startet sie voraussichtlich erst ab April in vollem Umfang. Einschränkungen im zivilen Bahnverkehr sind zu erwarten. Für zwei Monate wird die Bundeswehr die US-amerikanischen Truppen bei ihrem Marsch durch Deutschland unterstützen. Genutzt werden dabei drei sogenannte Convoy-Support-Zentren in Garlstedt (Niedersachsen), Burg (Sachsen-Anhalt) und auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz (Sachsen).

Zusätzlich soll der Truppenübungsplatz Bergen in der Lüneburger Heide eigens für die Übung zu einer Großtankstelle umfunktioniert werden. Auch

das im Aufbau befindliche neue militärische Hauptquartier zur Organisation schneller Truppenverlegungen (Joint Support and Enabling Command, JSEC) in Ulm wird seine Rolle als zentrale Schaltstelle der Mobilmachung gegen Russland proben. Zudem ist davon auszugehen, dass das Europa-Kommando der US-Streitkräfte (EU-COM) in Stuttgart-Vaihingen beteiligt sein wird. In Grafenwöhr (Bayern) sollen im Rahmen des Manövers Gefechtsstandsübungen stattfinden. Dabei macht die Aufgabenbeschreibung der Bundeswehr für "Defender 2020" deutlich, dass sich die deutsche Beteiligung keineswegs auf logistische Unterstützung und Koordination beschränkt: "Kampf, Kampfunterstützung und Führung - in Deutschland, Polen und Litauen" zählen demnach zu den Aufgabenschwerpunkten.

Nachschubwege konsolidieren

"Defender 2020" ist das seit geraumer Zeit größte, aber keinesfalls das erste Manöver, in dem die Bundeswehr die US-Streitkräfte bei ihrem Aufmarsch an die russische Grenze unterstützt. Tatsächlich sind derartige Truppenverlegungen längst zur Routine geworden. Im Rahmen ihrer Operation Atlantic Resolve (OAR) halten die US-Streitkräfte kontinuierlich Übungen aller Art in den Ländern Ost- und Südosteuropas vom Baltikum bis zum

Schwarzen Meer ab. Die dabei eingesetzten US-Truppen rotieren alle neun Monate. Das regelmäßige, lückenlose Auswechseln der Einheiten bei OAR wird im NATO-Block als Maßnahme zur Vermeidung einer dauerhaften militärischen Präsenz westlicher Truppen an der russischen Grenze dargestellt; das Kriegsbündnis gibt an, damit der NATO-Russland-Grundakte Rechnung zu tragen.

In der Realität haben zahlreiche NATO-Staaten, unter ihnen die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik, mit OAR, aber auch darüber hinaus - im Rahmen der enhanced Forward Presence (eFP) der NATO - längst eine kontinuierliche Präsenz kampfbereiter Truppen in Polen, den baltischen Ländern und Teilen Südosteuropas aufgebaut. Jede Rotation bietet den USA und ihren europäischen Verbündeten Gelegenheit, die Nachschubwege aus Nordamerika und Europa in Richtung Russland weiter zu konsolidieren. Nicht alle dieser Nachschubrouten führen durch Deutschland, aber einige. Die nächste Rotation von US-Truppen durch Deutschland findet diesen Monat statt.

Aufmarsch gegen Russland

"Defender 2020" und die OAR belegen, dass die USA sich ungeachtet ihrer zunehmenden Fokussierung auf den Machtkampf gegen China unvermindert gegen Russland in Stellung bringen. Noch die Obama-Administration hatte 2014 die sogenannte European Reassurance Initiative (ERI) ins Leben gerufen. Damit stärken die Vereinigten Staaten zusätzlich zu der erhöhten Präsenz der NATO in Ost- und Südosteuropa auch ihre eigenen dortigen Positionen wieder. Im Rahmen der inzwischen in European Deterrence Initiative (EDI) unbenannten Kampagne werden nicht nur - mit deutscher Hilfe bei der Truppenverlegung - die OAR-Manöver von Estland bis Bulgarien durchgeführt.

Es fließen auch Millionensummen in militärische Beratung, Ausbildung und Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte. Darüber hinaus baut die US-Armee mit den Mitteln ihre eigene militärische Infrastruktur in Europa aus, so beispielsweise in Polen. Hinzu kommen Maßnahmen in Island, die der Kontrolle der strategisch wichtigen "GIUK-Lücke" dienen; bei der "Lücke" - "GIUK" steht für "Greenland, Iceland, United Kingdom" - handelt es sich um den Zugang zum Atlantik von Nordosten her, den die bei Murmansk stationierte russische Nordflotte nutzen könnte.

Neben der Infrastruktur werden auch über Europa verstreut Lager von Militärgerät und Munition aufgebaut, auf die die US-Armee im Ernstfall direkt zurückgreifen kann ("Army Prepositioned Stock"). Ein guter Teil davon befindet sich in Deutschland.

Milliardensummen

Ihren Einfluss auf die militärischen Kräfteverhältnisse in Europa lassen sich die USA hohe Summen kosten.

Beide Fotos: Verlegung eines Panzerbataillons in Thüringen (2014),
Quelle: Tobias Nordhausen, (Flickr) CC BY-NC-SA 2.0



2015 startete die EDI mit einem Budget von 985 Millionen US-Dollar. Schon zwei Jahre später, 2017 belief sich ihr Volumen auf 3,4 Milliarden US-Dollar. Der Anstieg hielt ungebrochen bis 2019 an, als Washington 6.5 Milliarden US-Dollar für die EDI bereitstellte. Für 2020 sinkt der Betrag zum ersten Mal leicht - auf 5,9 Milliarden US-Dollar. Damit ha-

ben die Vereinigten Staaten das Fundament für den erneuten Ausbau ihrer umfassenden militärischen Präsenz in Europa gelegt, die nach dem Ende des Kalten Kriegs reduziert worden war. Ohne die tatkräftige Beihilfe der "Dreh-scheibe" Deutschland wäre das zumindest in diesem Umfang nicht möglich gewesen.

Defender 2020: Manöver als Infrastruktur-Stresstest

Straßen, Brücken, Schienen und das Zwei-Prozent-Ziel

Dem deutschen Bundesverteidigungsministerium nach soll mit DEF 20 "eine schnelle Verlegbarkeit größerer Truppenteile über den Atlantik und durch Europa geübt werden, um sicherzustellen, dass die entsprechenden Verfahren im Krisenfall funktionieren". Dadurch könne die Bundesrepublik zeigen, wie sie zur "gemeinsamen europäischen und euroatlantischen Sicherheit" beitrage. Außerdem werde mit dem Transport der teilweise über 130 Tonnen schweren Kampfpanzer auf Militärtiefeladern auch die Belastbarkeit der deutschen Infrastruktur überprüft.

Für die anderen Nutzer deutscher Straßen und Brücken könnte das zweierlei bedeuten: Zum einen Schäden und Behinderungen an solchen Bauwerken - zum anderen vielleicht aber auch ein schnelleres Angehen lange fälliger Reparaturen, Erneuerungen und Ausbauten. Würde eine deutsche Bundesregierung dafür den Verteidigungshaushalt anzapfen, könnte sie sich auf diese Weise schnell dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO nähern, auf dessen Einhaltung die US-Staatsführung drängt.

Außer in der Luft und auf Straßen sollen Material und Soldaten auch auf Binnenschiffen und Schienen transportiert werden. Letzteres könnte zu zusätzlichen Verzögerungen im ohnehin sehr störungsbelasteten Bahnbetrieb führen.

Adressat Russland

Das Üben schneller Truppenverlegungen "beruhigt" dem USAREUR-Kommandeur Christopher G. Cavoli zufolge "unsere Alliierten" und "schreckt mögliche Gegner ab". In Klartext übersetzt ist das Manöver für die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) deshalb "eine Beruhigungsspielle für die Osteuropäer" und "eine Machtdemonstration an die Adresse Russlands".

Auch das im letzten Jahr in Norwegen und in arktischen Gewässern veranstaltete NATO-Großmanöver Trident Juncture 2018, das mit rund 50.000 Teilnehmern aus 29 Ländern, 150 Flugzeugen und 60 Schiffen das vorerst größte nach dem Ende des Kalten Krieges war, richtete sich an Moskau - ebenso wie die jährlichen BALTOPS-Übungen in der Ostsee .

Als weitere Machtdemonstration an diese Adresse schlägt der amerikanische Militär-Think-Tank RAND Corporation in einem gerade erschienenen Bericht die Stationierung von Luftabwehrsystemen und Küstenraketen in den Schwarzmeerländern Bulgarien und Rumänien vor. Das sei nötig, weil Russland die Krim "militarisiert", seine Schwarzmeerflotte modernisiert und seine Truppen im Kaukasusgebiet verstärkt habe. [...]

Quelle: Telepolis / Peter Mühlbauer (8.10.2019)

Die Militarisierung der Ostseeregion

von Merle Weber, Informationsstelle Militarisierung e.V., Tübingen

Foto: Korvette Braunschweig in Wilhelmshaven
<https://commons.wikimedia.org>, CC BY-SA 4.0



In den letzten Jahren hat sich in der Ostseeregion einiges getan: Die Anzahl der militärischen Übungen hat zugenommen, in den Anrainerstaaten sind neue militärische Strukturen entstanden, Truppen wurden stationiert und auch die Nachschubkontingente und -wege wurden ausgebaut.

Bundeswehr: Hochrüstung gegen Russland

Die Bundeswehr wird derzeit systematisch für großangelegte Auseinandersetzungen mit Russland hochgerüstet: Nach gegenwärtigen Planungen soll 2023 eine erste schwere Brigade (ca. 5.000 Soldaten) in die NATO eingebracht werden, 2027 dann die erste Division (10.000 bis 20.000 Soldaten) und 2031 will die Bundeswehr dann drei Divisionen „beisteuern“. Darüber hinaus wird auch das Material der Bundeswehr wieder auf sogenannte Randmeerkriege, also auf eine Konfrontation mit Russland auf der Ostsee, ausgerichtet.

Die am 20. Juli 2018 erlassene „Konzeption der Bundeswehr“ lässt in diesem Zusammenhang wenig Zweifel an der Relevanz der Ostsee aufkommen:

„[Die] Befähigung zur Randmeerkriegführung [...] bleibt unverändertes Ziel für die Ausgestaltung der deutschen SeeSK [Seestreitkräfte]. Im Rahmen der LV/BV [Landes-/Bündnisverteidigung] spielen dabei der Nordflankenraum der NATO und die Ostsee [...] zunehmend eine wichtige Rolle.“

Vor allem sei es erforderlich, für die „Baltischen Staaten“, falls nötig, eine

„Nachversorgung über die Ostsee“ sicherzustellen.

Für Auseinandersetzungen in der verhältnismäßig engen Ostsee werden kleinere Schiffe benötigt – und genau für diesen Zweck wurde bereits 2017 der Ankauf von fünf weiteren Korvetten der Klasse K130 („Braunschweig-Klasse“) beschlossen. Zum Baubeginn im Februar 2019 erklärte die damalige Verteidigungsministerin

Ursula von der Leyen: „Die Marine muss die Ostsee wieder stärker in den Blick nehmen.“

Rostock: NATO-Ostseekommando

All diese Soldaten und ihre Schiffe müssen koordiniert und befehligt werden. Dazu etabliert die Bundesrepublik in Rostock gerade ein neues Zentrum zur Kriegsführung auf der Ostsee, das ihren regionalen Führungsanspruch in der Region untermauern soll. Zunächst hat die deutsche Marine all ihre Kommandostrukturen räumlich und strukturell in Rostock zusammengefasst. Bis 2025 soll dieses neue Marinekommando zu einem NATO-Marinekommando für die Ostseeregion aufgestockt werden. Dadurch versucht die Bundesregierung, sich als zentraler Akteur zu positionieren. Rostock soll zur Schaltzentrale für NATO-Aktivitäten im Baltikum werden.

Zentraler Bestandteil des Marinekommandos ist bereits und soll auch in Zukunft der Stab DEU MARFOR sein. Er wurde am 23. Januar 2019 in Dienst gestellt und ist Produkt eines Konzentrationsprozesses der Kommandostrukturen der deutschen Marine. Diese waren vor 2019 noch auf Rostock, Kiel und Wilhelmshaven und damit auch auf mehrere, kleinere Städte verteilt. Seit Januar sind sie jetzt im DEU MARFOR räumlich und strukturell zusammengefasst. Allein das extra zu diesem Zweck errichtete Gebäude kostete 66 Mio. Euro, ganz zu schweigen von den Unterhaltskosten und den Kosten der multinationalen Manöver,

die Rostock auch in Zukunft noch abhalten wird.

Zurzeit besteht der Stab aus 100 Posten, von denen 25 für Soldaten aus Partnerstaaten vorgesehen sind. Bis 2025 soll er jedoch auf bis zu 180 Posten, mit wiederum 75 für Partnerstaaten anwachsen. Denn aus dem konzentrierten, nationalen Stab mit internationalem Anteil soll bis dahin eine offizielle NATO-Kommandostruktur (BMCC, Baltic Maritime Component Command) für die Ostseeregion werden. DEU MARFOR soll dabei das „Kernelement“ dieses NATO-Marinekommandos bilden. Die Admirale in Rostock befehlen also in Zukunft nicht nur die gesamte deutsche Marine, sondern werden darüber hinaus auch NATO-Einsätze kommandieren. Aber nicht nur die Matrosen der NATO werden ihre Befehle in Zukunft aus Rostock erhalten.

Das Marinekommando plant auch in anderem Rahmen und „auch in anderen Regionen“ multinationale Einsätze zu führen. Beispielsweise in der EU, oder aber auch einfach mit den anderen Ostsee-Anrainern (ausgenommen Russland natürlich). So etwa die im September 2019 abgehaltene Übung „Northern Coasts“. Diese Militärübung findet seit 2007 jährlich statt. 2019 wurde sie vom DEU MARFOR geplant und kommandiert. Sie gilt als erster Testlauf des neuen Stabes.

Das Szenario spricht dabei Bände über die Funktion des (NATO-)Marinekommandos in der Region: Ein Staat (gemeint ist Russland) besetzt eine Ostseeinsel und „bedroht“ damit die Seewege bis in den westlichen Teil der Ostsee hinein. Gleich bei erster Gelegenheit proben die Herren in Rostock also den Kampf mit Russland um die Kontrolle über die Ostsee. Die Seewege der Ostsee sind für die Anrainer nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung, sie haben darüber hinaus auch militärstrategische Relevanz: Sie sind die Verbindungslinien vom Atlantik zu den baltischen Staaten, von der NATO zu ihren östlichen Mitgliedern.

Der Beitrag ist ein Auszug aus einer IMI-Analyse. Nähere Infos unter www.imi-online.de

Bundeswehr-Werbung auf allen Kanälen

von Markus Pflüger, AG Frieden Trier



Die Bundeswehr rekrutiert seit einigen Jahren verstärkt Minderjährige, so sind 2018 in Deutschland 1.679 Minderjährige als Soldatinnen und Soldaten angeheuert worden. Der Rekrutemangel treibt interessante Blüten, so auch die aktuelle Werbekampagne der Bundeswehr. Selbst der Handwerksverband kritisierte den im Sommer 2019 verwendeten Werbespruch „Gas – Wasser – Schießen“ als niveaulos, bei anderen weckte er Assoziationen mit dem Holocaust und verbotenen Foltertechniken. Aktuell geht es in der neuen millionenteuren Camouflage-Kampagne weiter mit Berufsmöglichkeiten wie „#Handwerk“ und „#Science“ sowie Tätigkeiten wie „#Kämpfen“ und „#Fliegen“. „Folge deiner Berufung“ heißt es, ein Taucher wird mit „#extrem“ betitelt. Die aktuellen gerne um Schulen platzierten Großplakate zeigen gestylte v.a. junge Menschen, die ihrer inhaltsleeren „Berufung“ folgen. Cool sollen sie sein, die marktgerechten Hashtags, um junge Menschen in die Arme des Militärs zu locken. Dazu wird alles angepriesen was helfen könnte die Zielgruppe auf das Karriereportal zu locken: „#Studieren“, „#Handwerk“, „#Office“, „#IT“, „#Tech“, es geht ums „#Führen“, „#Sichern“, „#Retten“, „#Löschen“ – wen oder was, ist für das verharmlosende Abenteuer-Image nicht entscheidend. Mehr als die Hälfte der Werbefiguren sind dabei weiblich – dass es 2018 tatsächlich nur 12,1% Soldatinnen sind und mehr als die Hälfte der Soldatinnen

schon einmal sexuelle Belästigung in der Truppe erlebt haben, kein Thema. Denn es geht nicht darum, was die Bundeswehr tatsächlich sichert oder rettet und es geht nicht darum für welche machtpolitischen Ziele und Wirtschaftsinteressen die sich auf Jahrzehnte verpflichteten Bundeswehrosoldat*innen ihren Kopf hinhalten sollen. Auch die teuren Rückforderungen bei Ausbildungsabbruch oder wenn es um die fragwürdigen Auslandseinsätze geht, sind ebenso wenig Thema, wie die möglichen negativen psychischen und physischen Folgeschäden. Die dazugehörigen aufwendig produzierten Kino- und Fernsehspots kosten laut SPIEGEL Millionen. Die Bundeswehr war im zurückliegenden Jahr auf 43 Messen präsent und die Werber steuern gezielt Arbeitsämter und Schulen an. Die Bundeswehr ist mit ihrer Werbekampagne auf allen Kanälen präsent, als laufe der letzte Ausverkauf.

Doch das hilft alles nicht viel: trotz Armutsrekrutierung vor allem im Osten der Republik und flächendeckender Werbeoffensive mit der Zielgruppe Jugendliche, geht die Zahl der Freiwilligen auch mit Absenkung der Ein-

gangsvoraussetzungen seit Jahren zurück. Das schon immer schwierige und aktuell besonders angeschlagene Image des auf Befehl und Gehorsam beruhenden Militärs und die Verpflichtung zu fragwürdigen Auslandseinsätzen schrecken wohl viele ab. Hinzu kommt, dass die Mehrheit der Deutschen weder Auslandseinsätze noch Rüstungsexporte befürwortet. Auch aktuelle Informationen über rechte Netzwerke, sowie Geldverschwendung z.B. durch Beraterverträge und die Gorch Fock sowie Umweltverschmutzung – wie dem im letzten Jahr durch den von der Bundeswehr ausgelösten Moorbrand bei Meppen – belasten das Image und das Klima.

Zu wenig bekannt sind Alternativen zum Militär trotzdem. Gewaltfreie Konzepte zur Bekämpfung von Kriegsursachen und die Zivile Konfliktbearbeitung mit konkreten Projekte finden sich beispielsweise bei den *Peace Brigades*, dem *Zivilen Friedensdienst* oder der *Carea Menschenrechtsbeobachtung*. Für junge Menschen auf der Suche nach wirklich sinnvollen Berufen bieten Friedensorganisationen zudem wichtige Argumente und Hinweise.

Anträge von Linken und Grünen gegen die Rekrutierung Minderjähriger in der Bundeswehr wurden am 14.2.2019 von CDU und SPD sowie FDP und AfD im Bundestag abgelehnt. Aufklärung und Protest gegen den Werbefeldzug der Bundeswehr und die eigentlichen Ziele der Angriffsarmee sowie die dahinterstehende Kriegspolitik bleiben aktuell.

Weitere Infos:
bevor-du-unterschreibst.de und
www.agf-trier.de/frieden

Screenshots von www.bundeswehrkarriere.de



“Wehrpflicht”: Wiederkehr der Zwangsdienste?

von Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Hessen

2011 wurde in Deutschland die sogenannte Wehrpflicht ausgesetzt, was die AfD und andere schon seit Jahren rückgängig machen wollen. Im Sommer 2018 häuften sich Forderungen nach militärischen und zivilen Zwangsdiensten. Am meisten beachtet werden seitdem die immer wieder neuen Vorstöße von Kramp-Karrenbauer, damals noch Generalsekretärin der CDU, inzwischen die für Krieg und Kriegsdienste zuständige Ministerin.

Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts wurden in ganz Kontinentaleuropa junge Männer ins Militär gezwungen, abgesehen von Gebieten wie West-Berlin und Åland.

In den 1990er begannen Staaten in Westeuropa den Kriegsdienstzwang abzuschaffen oder auszusetzen. Ihnen folgten Staaten in der Mitte und im Osten Europas. Mit großer Verspätung wurde 2011 auch in Deutschland der Kriegsdienstzwang ausgesetzt. Das bedeutet, dass in Deutschland Männer gemäß dem nach wie vor gültigen Wehrpflichtgesetz weiterhin zum Kriegsdienst verpflichtet sind, dass aber zurzeit niemand zwangsweise gemustert oder einberufen wird. Der Bundestag kann mit einfacher Mehrheit den Kriegsdienstzwang reaktivieren. Im Spannungs- und Verteidigungsfall tritt die Zwangsrekrutierung automatisch wieder in Kraft.

2013 begann die Trendwende. Ein Referendum in Österreich bestätigte die Dienstpflicht, in Norwegen dehnte man die Zwangsrekrutierung auf Frauen aus. Angesichts der Annexion der Krim und des Kriegs in der Ost-Ukraine reaktivierten die Ukraine, Litauen und Georgien die Kriegsdienstpflicht. Seit 2018 werden in Schweden erstmals seit 2010 wieder junge Menschen ins Militär gezwungen, jetzt auch Frauen.

Protest in Frankreich

Im Sommer 2019 startete in Frankreich zunächst als Pilotprojekt für 3000 Jugendliche der *Service national universel (SNU)*, ein zivil-militärischer Dienstmonat für Jugendliche beiderlei Geschlechts zwischen 15 und 18 mit

morgentlichem Antreten zur Flaggenhissung und zum Absingen der Nationalhymne. Der SNU wird als Freiheitsberaubung kritisiert, die dazu dient, „zu überwachen und zu unterwerfen“ und die diejenigen anvisiert, die sich aufgrund ihres Alters kaum wehren können. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gilt dabei nicht.

Debatte in Deutschland

Am heftigsten fordert die AfD die Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht, verbunden mit Ersatzdiensten bei Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und dergleichen. Die Vorschläge aus der CDU kombinieren Militärdienstzwang mit Dienstpflicht für Jugendliche beider Geschlechter. Kramp-Karrenbauer will sogar Asylsuchende, Flüchtlinge und Nicht-Deutsche zu einem Jahr Zwangsdienst verpflichten, angeblich um ihre Integration zu fördern. Bundeskanzlerin Merkel erklärte: "Ich möchte die Wehrpflicht nicht wieder einführen", befürwortete die Dienstpflichtdebatte, verwies gleichzeitig darauf, dass sich mehr Menschen fürs Freiwillige Soziale Jahr bewerben als bezahlt werden können.

Jenseits von AfD und CDU plädierten Günter Wallraff und eine marxistische Autorin der Wochenzeitung *Junngle World* für den Kriegsdienstzwang.

Abgesehen von der AfD werden kaum militärische Argumente angeführt. Man betont vermeintliche Segnungen einer Dienstpflicht. Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung* spricht von einem „Anti-Egoismus-Jahr.“

Kriegsdienst, Militär und Heldentod fürs Vaterland sind gegenwärtig nicht gut angesehen. Wer also die sogenannte Wehrpflicht reaktivieren will, tut gut daran, vermeintlich gesellschaftlich nützliche zivile Ersatzdienste in den Vordergrund zu rücken.

Geschickt ist auch, als Opfer der Pflichtdienste diejenigen ins Visier zu nehmen, die sich am wenigsten an der Debatte beteiligen können. „Dienstpflicht - Ein Angriff auf die Jugend“ hieß es in der Zeitschrift *Cicero*.

Gegenstimmen

Widerspruch kam von der Linkspartei, den Grünen und der FDP und Teilen der SPD: Sie lehnen die mit Zwangsdienst verbundene Freiheits Einschränkung und die staatliche Bevormundung ab. Die FDP betont den volkswirtschaftlichen Schaden. Die Linke sieht Zwangsdienst als Teil von Aufrüstung und Militarisierung.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr Eberhard Zorn und Ex-Verteidigungsminister Rühle argumentierten, dass die Bundeswehr mangels Infrastruktur die Massen an Rekruten nicht aufnehmen könne und dass sich die Bundeswehr strukturell so grundlegend gewandelt habe, dass sie durch eine Rückkehr zur „Wehrpflicht“ ins Chaos gestürzt werde. Für eine allgemeine Dienstpflicht müsse die Verfassung geändert werden, wofür keine Mehrheit erreichbar sei.

Wie wahrscheinlich ist eine Reaktivierung?

Von Regierungsseite wurde in den letzten Jahren mehrfach versichert, dass man kein Interesse an einer Reaktivierung des herkömmlichen Militärdienstzwangs habe. Die Bundeswehr wurde einerseits drastisch verkleinert, andererseits zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe umgebaut. Weil sogenannte Wehrpflichtige schlecht zu diesem Konzept passen, wurden die Zwangsrekrutierungen eingestellt. Doch nun soll massiv aufgerüstet werden. Man rüstet wieder für Krieg in Europa. Gleichzeitig fällt es der Bundeswehr schwer ihre Rekrutierungsziele zu erreichen. Irgendwann könnte die Bundesregierung dann doch wieder auf den Zwang zurückzugreifen, auch wenn sie es jetzt noch vermeiden will.

Um sich diese Option offen zu halten, wurde die Zwangsrekrutierung 2011 bewusst auch nur ausgesetzt und nicht abgeschafft. Die nötigen Institutionen wurden beibehalten.

Frauen und Zwangsdienste

Frauen werden in Zukunft in Deutschland von etwaigen Zwangs-

diensten kaum verschont bleiben. Traditionell waren Frauen nur in Israel und Eritrea militärdienstpflichtig. Nordkorea, Norwegen und Schweden sind hinzugekommen, ebenso die Niederlande und Tschechien für den Fall der Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs. Die Ausweitung auf Frauen wird in Finnland für die Militärdienstpflicht und in den USA bezüglich der Militärregistrierung gefordert.

Früher ging man davon aus, dass nur Männer für Militärdienst geeignet seien. Nachdem die Bundeswehr Frauen auch in Kampftruppen zugelassen hatte, fragten in den Nullerjahren immer mehr junge Männer, warum Frauen sich frei für oder gegen Militärdienst entscheiden können, während Männer dazu gezwungen werden.

Mögliche Szenarien

Der Wehrbeauftragte Bartels (SPD) nannte eine allgemeine Dienstpflicht „eine sympathische Idee“, der aber das Verbot der Zwangsarbeit entgegenstehe. Er plädiert für eine „Auswahlwehrlpflicht“, wie sie schon 2000 vorgeschlagen war und wie sie jetzt in Schweden und Norwegen praktiziert wird. Es werden dabei keineswegs alle sogenannten Wehrpflichtigen einberufen, sondern gerade so viele, wie das Militär zu benötigen glaubt. Über Fragebögen werden Qualifikationen und Dienstbereitschaft ermittelt. Das Militär beruft diejenigen ein, die es für geeignet hält. Im Juni 2018 wurde für den Bundestag ein Gutachten über die „Wiedereinführung der Wehrpflicht in Schweden“ erstellt. Demnach ist vorgesehen, vier Prozent des Jahrgangs tatsächlich einzuberufen. Mit der „Auswahlwehrlpflicht“ wären auch die Argumente, wonach eine Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs organisatorisch, struktu-

rell und finanziell nicht machbar sei, hinfällig. Die Bundeswehr würde so viele einberufen, für die sie gerade die Kapazitäten hat.

Zwangsarbeitsverbot und allgemeine Dienstpflicht

Wie schon einige, die sich für eine Dienstpflicht zusätzlich zum Militärdienstzwang begeistern, mit Bedauern festgestellt haben, steht einer solchen das Verbot der Zwangsarbeit entgegen.

Artikel 4 GG erlaubt Zwangsarbeit nur im Rahmen einer herkömmlichen, allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht und bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung. Die Menschenrechtskonventionen von Europarat und UN verbieten Sklaverei und Zwangsarbeit mit Ausnahme von Militärdienst und Militärrersatzdienst. Allerdings ist zu bedenken, dass Staaten, wenn es um Krieg, Militär und Zwangsdienste geht, sich häufig ungestraft über Rechtsvorschriften hinwegsetzen.

Gegen Ausbeutung und Abwertung von Pflegearbeit

Angesichts der Zwangsdienstforderungen ist zu fragen, warum irgendein Mensch für seine Arbeit nicht adäquat bezahlt werden soll. Eigentlich müssten Gewerkschaften dagegen – bildlich gesprochen - auf die Barrikaden gehen. Doch wenn es um Militärdienstzwang und zivile Zwangsdienste geht, gelten im gesellschaftlichen Bewusstsein die üblichen Standards nicht.

Warum sollen ausgerechnet Jugendliche und Flüchtlinge fast unbezahlt und in Unfreiheit arbeiten? Möglicherweise sogar Flüchtlinge, die gerade vor Zwangsrekrutierung geflohen sind? Und das in einer Zeit, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer

mehr auseinander geht und Menschen mit unbezahlten Praktika, befristeten Stellen und prekären Arbeitsplätzen konfrontiert werden.

Der soziale und der Pflege-Bereich werden gern als Einsatzfelder für einen Pflichtdienst genannt, unter anderem wegen des Personalmangels. Doch der Personalmangel ist ein Resultat der miserablen Bezahlung dieser wichtigen Arbeit. Der Einsatz von billigen Zwangsdienstleistenden würde diese Arbeitsplätze gefährden und die Billig-Konkurrenz würde das Lohnniveau weiter sinken lassen. Der vermeintlich so soziale Zwangsdienst erweist sich als zutiefst antisozial.

Wer damit rechnen muss, selbst einmal gepflegt werden zu müssen, hat ein Interesse daran, von qualifizierten, gut bezahlten und motivierten, professionell arbeitenden Menschen versorgt zu werden und nicht von ungelerten Zwangsdienstleistenden.

Schlussfolgerungen für die Friedensbewegung

Die Friedensbewegung kann kein Interesse daran haben, dass Menschen ins Militär gehen, ob freiwillig oder gezwungen.

Jede Zwangsrekrutierung ist eine Menschenrechtsverletzung und ein Akt der Gewalt. Er beinhaltet Freiheitsberaubung und Aufhebung der Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, aber auch entwürdigende Musterungen, Gewissensprüfungen, juristische und politische Verfolgung von Verweigerung sowie die Zerstörung von Lebens- und Berufswegen.

Die Friedensbewegung sollte alle militärischen und zivilen Zwangsdienste aufgrund friedenspolitischer und menschenrechtlicher Erwägungen ablehnen.

MAD durchleuchtet Bundeswehr Rechtsextreme Verdachtsfälle nehmen zu

In der Bundeswehr gibt es einen Anstieg rechtsextremer Verdachtsfälle. Der militärische Geheimdienst MAD meldet aktuell 478 Fälle, 50 mehr als noch im Mai. Bei diesen Soldaten wird vermutet, dass sie ein verfassungsfeindliches Weltbild haben. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) bearbeitet seit Mai etwa 50 neue Verdachtsfälle möglicher Rechtsextremisten in der Bundeswehr.

Zum Stichtag 4. September habe es 478 Verdachtsfälle gegeben, sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums.

Noch im Mai hatte der MAD dem Bundestag berichtet, es würden 428 dieser Fälle bearbeitet. In vier Monaten kamen also 50 neue Fälle hinzu. [...]

Die jüngsten Zahlen stammen aus einer Antwort des Ministeriums an den Grünen-Politiker Konstantin von Notz, aus der der "Spiegel" zitierte. Von Notz sprach von einer "dramatischen und beunruhigenden Entwicklung". Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte seien "diese Vorgänge völlig unakzeptabel", sagte er demnach.

Quelle: n-tv.de (18.9.2019)

Militär: Eine Bürokratie mit Kampfauftrag

von Jochen Hippler, Politikwissenschaftler (Buchauszug aus: „Krieg im 21. Jahrhundert“)

Das moderne Militär ist, bevor es eine Kriegsmaschine sein kann, zuerst einmal eine große und komplexe, staatliche Bürokratie. Dadurch unterscheidet es sich grundlegend von vor-modernen Streitkräften und den meisten nichtstaatlichen Kämpfern. Griechische Hopliten oder mittelalterliche Ritterheere kamen mit einem Minimum an Verwaltungspersonal aus.

Heute sind Armeen Großbürokratien. Die Rekrutierung, Besoldung, Ausbildung und das militärische Beschaffungswesen für Streitkräfte mit hunderttausenden Soldaten sind aufwändige Tätigkeiten, die die Kämpfer nicht nebenbei miterledigen können.

Das gilt im Übrigen auch für viele nichtstaatliche Gewaltakteure, wenn sie eine gewisse Größe erreichen: Moderne Söldnerfirmen oder jihadistische Gruppen (etwa al-Qaida oder der sogenannte »Islamische Staat«) sind straff und bürokratisch organisiert, zumindest, solange der Verfolgungsdruck dies zulässt.

Die Versorgung der Truppen im Frieden und erst Recht im Krieg mit Nahrungsmitteln, Unterhaltung, Munition, Fahrzeugen, Treibstoff und anderen Notwendigkeiten ist alles andere als trivial. Und die Schaffung und Aufrechterhaltung von Kommunikationsmöglichkeiten und medizinischer Versorgung, gerade unter Gefechtsbedingungen, kann eine große Herausforderung darstellen.

All diese und zahlreiche weitere Aufgaben sind für moderne Kriege unverzichtbar, ohne im engen Sinne militärische Tätigkeiten zu sein. Sie werden zum Teil von militärischem Personal, zum Teil von Zivilisten übernommen.

Das Verteidigungsministerium, Ämter für das militärische Beschaffungswesen, private Sicherheitsfirmen für die Bewachung militärischer Einrichtungen oder zur Erbringung militärisch relevanter Dienstleistungen und zahllose andere Organisationen sind daran beteiligt, den eigentlich kämpfenden Einheiten den Kampf überhaupt erst zu ermöglichen.

Bundeswehr als Beispiel

Nehmen wir als Beispiel die Struktur der deutschen Bundeswehr. Ihr militärischer Zweig besteht im Kern aus den drei traditionellen Waffengattungen, dem Heer (rund 60.000 Soldaten in 140 Dienststellen), der Marine (und 16.000 Soldaten in 28 Dienststellen) und der Luftwaffe (etwa 28.000 Soldaten in 255 Dienststellen).

Die Bundeswehr würde dem noch ihren Sanitätsdienst, (20.000 Soldaten in 255 Dienststellen), die »Streitkräftebasis« und seit kurzem den »Cyber und Informationsraum« (mit gegenwärtig ca. 1500 zivilen Beschäftigten, geplant sind 14.500) an die Seite stellen.

Zu ihren militärischen Dienststellen gehören unter anderem:

Das Einsatzführungskommando der Bundeswehr,
das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst,
die Führungsakademie der Bundeswehr,
das Luffahrtamt der Bundeswehr,
das Planungsamt der Bundeswehr,
das Zentrum Innere Führung,
das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr
nebst Landeskommandos für jedes Bundesland.

Daneben verfügt die Bundeswehr über eine Reihe ziviler Behörden. Die Selbstdarstellung der Bundeswehr stellt fest:

»Die Bundeswehrverwaltung ist der größte zivile Bereich der Bundeswehr. Die Verwaltung gliedert sich in die Organisationsbereiche Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen, Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung sowie Personal. Sie kümmern sich um notwendige Baumaßnahmen, Truppenküchen und Betreuungseinrichtungen, den Umweltschutz und die Arbeitssicherheit, stellen die Ausrüstung der Truppe sicher und sorgen für die Besoldung, Versorgung oder die Personalgewinnung der Bundeswehr.«

Eine vereinfachte Übersicht über die zivilen Institutionen könnte so aussehen:

- Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
- Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
- Universitäten der Bundeswehr
- Bundessprachenamt
- Bildungszentrum der Bundeswehr
- Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr
- Katholisches Militärbischofsamt
- Bundeswehrdisziplinaranwalt
- Truppendienstgerichte

Es würde zu weit führen, hier auf die Aufgaben und Untergliederungen der einzelnen Organisationen einzugehen. Aber allein das erwähnte Kommando Streitkräftebasis (mit 41.000 militärischen und 8500 zivilen Beschäftigten in 330 Dienststellen) besteht seinerseits aus den folgenden Organisationseinheiten:

- dem Streitkräfteamt,
- dem Multinationalen Kommando Operative Führung,
- dem Kommando Territoriale Aufgaben,
- dem Kommando Feldjäger,
- dem Logistikkommando,
- dem ABC-Abwehrkommando
- und dem Amt für Militärkunde.

Bereits diese einfache Aufzählung dürfte die Komplexität der bürokratischen Strukturen der Bundeswehr verdeutlichen.

Moderne Streitkräfte verfügen nicht allein über kämpfende Einheiten, sondern auch über ein breites und höchst ausdifferenziertes organisatorisches Umfeld, das von kriegsnahen Aufgaben bis zu einer Schule für Dienstthunde, einer Sportschule oder Einheiten für Militärmusik reicht.

Die Bundeswehr unterhält Krankenhäuser und Universitäten, betreibt Öffentlichkeitsarbeit, verfügt über eine eigene Polizei (die Feldjäger) und einen Geheimdienst (den Militärischen Abschirmdienst). Sie unterhält allein 110 Karriereberatungsbüros.

Heutige Kriegsführung im historischen Kontext

Jochen Hippler: *Krieg im 21. Jahrhundert. Militärische Gewalt, Aufstandsbekämpfung und humanitäre Intervention*
Promedia 2019. 312 S., Print: € 22,00. ISBN: 978-3-85371-457-7 - E-Book: € 15,99. ISBN: 978-3-85371-873-5



Krieg hat seinen Charakter in den vergangenen Jahrhunderten dramatisch geändert. Der Friedensforscher Jochen Hippler zeichnet die Wandelbarkeit von Krieg und Gewalt historisch nach und zeigt, dass in der „neuen“ asymmetrischen Kriegsführung des 21. Jahrhunderts Politik und Medien wesentliche Faktoren sind, die über Sieg oder Niederlage entscheiden.

Die neuen Kriegsformen finden immer weniger zwischen Ländern, sondern innerhalb von Gesellschaften statt. Gewalttätige Auseinandersetzungen im Kontext sogenannter „gescheiterter Staaten“ und Aufstandsbekämpfung übernehmen das Terrain. Sieg oder Niederlage entscheiden sich nicht mehr hauptsächlich auf dem Schlachtfeld, sondern im Kampf um Governance-Strukturen und gesellschaftliche Akzeptanz. Ein rein militärisch ausgefochtener Sieg kann meist nur mehr mittels ethnischer Säuberung oder Völkermord errungen werden.

(aus dem Klappentext des Buches)

Für die Anti-Kriegs-Bewegung in Deutschland sollte ein solides Basiswissen über den Gegenstand eigener Aktivitäten selbstverständlich sein. Deshalb ist es überraschend, dass Jochen Hippler in seinem Buch sehr viele Facetten der Kriegsthematik aufzeigt, die so nicht unbedingt geläufig sind. Dafür hat der Autor ein gewaltiges Quellenstudium vorgenommen, vor al-

lem mit Veröffentlichungen aus den USA. Das Ergebnis vereint mehrere Eigenschaften: Ein interessantes, leicht lesbares Geschichtsbuch, viele vergleichende Analysen und letztlich auch ein Nachschlagewerk.

Mit den umfassenden historischen Bezügen werden sowohl die Wandlungen wie auch die Kontinuität des Militärs und der Kriegsführung aufgezeigt.

Einleitend stellt der Autor fest, wie schwierig für uns der Umgang mit dieser Thematik ist. Es geht hierbei sowohl um „klassische“ Kriegsführung, wie auch um die beiden „großen“ Kriege des letzten Jahrhunderts. Aber auch um die heutzutage zahlreichen „kleinen“ Kriege, die von uns selbst bei Hunderttausenden oder Millionen Toten überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden, wenn diese in entfernten Regionen wie in Afrika stattfinden.

Das Buch geht im ersten Kapitel der Frage nach den Wesensmerkmalen von Kriegen nach, u.a. natürlich mit Bezug auf Clausewitz.

Viele wichtige Aspekte werden im zweiten Kapitel „Krieg denken und fühlen“ zusammen gefasst. Behandelt wird die Rolle der Ideologie, aber auch die Psychologie zur Erklärung dafür, was Soldaten zu Tötungsmaschinen macht.

Spannend ist auch das Kapitel über Geschichte und Wandel des Krieges. Beispielsweise gibt es für „asymmetrische“ Kriegsführung eine Vielzahl von historischen Beispielen, d.h. diese ist keineswegs so neu, wie häufig dargestellt.

Das Militär selbst wird nicht nur mit seinen Gewaltmitteln, d.h. Waffen und Technologien, sondern auch als bürokratische Organisation mit Kampfauftrag im einzelnen dargestellt. Wesentlich sind dabei auch die technologischen Entwicklungen, wie Massenvernichtungswaffen, Luftkrieg, Kampfdrohnen und automatisiertes Töten.

Schlusskapitel sind die Kriege im Nahen und Mittleren Osten sowie der Charakter von Krieg im 21. Jahrhundert.

Neuere Rechtfertigungen für Kriegseinsätze wie „humanitäre Interventio-

nen“ werden detailliert anhand der bisherigen Beispiele diskutiert.

Die Rolle von nicht-staatlichen Gewaltakteuren wird beispielhaft detailliert dargestellt. Dieses ist auch ein Element der komplexen Darstellung von Kriegen, die zugleich inner- und zwischenstaatlich, konventionell und unkonventionell, national und international sind. Anhand der Kriege in Afghanistan, Irak und Syrien wird dieses anschaulich erläutert.

Obwohl der Krieg im 21. Jahrhundert sehr ausführlich behandelt wird, kann der Autor diesem Thema jedoch nicht in allen Punkten gerecht werden.

So fehlt die bereits seit dem Vietnam-Krieg mit Napalm praktizierte gezielte Vernichtung der natürlichen Umwelt, was weit über die Zerstörung der zivilen Infrastruktur des Gegners hinaus geht.

Nicht thematisiert wird auch, das in den letzten Jahren zunehmend Wirtschaftskriege stattfinden, d.h. bei denen zwar nicht geschossen wird, aber dennoch die wesentlichen Merkmale eines Krieges – historische Vorbilder sind dabei Belagerungen – zum Tragen kommen. Vom Autor offen gelassen wird auch die von ihm selbst gestellte Frage nach der immanenten Sinnhaftigkeit von Kriegen, die militärisch nicht gewonnen und extrem lange dauern, wie z.B. in Afghanistan.

Die genannten Defizite kann man aber auch als Anstöße für notwendige Diskussionen verstehen, denn die Komplexität des Kriegsgeschehens wie z.B. in Syrien erlaubt keine einfachen Antworten. Das Buch hat allerdings auch nicht den Anspruch, den heutigen Imperialismus und die Legalität von dessen Machtpolitik, die immer mehr mit einer Mischung aus kriegerischen und nicht-kriegerischen Mitteln erfolgt, im einzelnen zu analysieren. Dieses ist gewissermaßen die Meta-Ebene, die der Autor nicht behandelt, wofür aber eine Fülle von gut analysierten kriegerischen Methoden dargestellt werden, die das Buch für Friedensbewegte unverzichtbar machen.

Karl-Heinz Peil



Frühjahr 2020: NATO-Großmanöver im Osten - Einsatzplanung in Baden-Württemberg

Das Ulmer JSEC Kommando (Joint Support and Enabling Command), das im letzten Jahr von der NATO beschlossen wurde und seit kurzem als einsatzbereit gilt, ist als europäisches Hauptquartier dafür vorgesehen große Mengen an Panzern und Soldaten innerhalb kurzer Zeit quer durch Europa an die russische Grenze zu transportieren. Die multinationale Dienststelle in der Ulmer Wilhelmsburg-Kaserne wird mit einem Stab von 100 bis 500 Personen besetzt. Daneben wird voraussichtlich das Europa-Kommando der US-Streitkräfte (EUCOM) in Stuttgart-Vaihingen wesentliche Teile der genannten Aufgaben übernehmen.

Die Streitkräfte der USA beabsichtigen mit Beteiligung anderer NATO-Staaten und der Bundeswehr im Frühjahr 2020 die Durchführung eines militärischen Großmanövers mit der Bezeichnung „DEFENDER 2020“ (DEF 20). Dieses Militärmanöver wird in wesentlichen Teilen auch aus Deutschland unterstützt. DEF20 ist ein militärisches Großmanöver unter Beteiligung vieler europäischer Staaten, das es in dieser Größenordnung seit 25 Jahren nicht mehr gegeben hat. Mit DEF 20

soll unter Beweis gestellt werden, dass es möglich ist, in kurzer Zeit große Mengen an Panzern und Soldaten quer durch Europa an die russische Grenze zu transportieren.

Die Verlegung der Truppen durch Deutschland und damit auch die Einbeziehung von Bundeswehrstandorten wird schwerpunktmäßig von April bis Mai 2020 stattfinden.

Wegen der Größe von DEF 20 werden umfangreiche Abstimmungen zwischen Bundesregierung und Landesregierungen nötig sein und auch massive Auswirkungen auf Straßen- und Schienenverkehr sind zu erwarten. Um allzu großen Unmut in der Bevölkerung zu verhindern, verspricht die Bundesregierung, dass es während der Osterfeiertage nicht zu Truppenbewegungen kommen soll. Selbst wenn diese kurze Pause eingehalten werden sollte, wird allein die Ökobilanz dieser Großtransporte quer durch Europa verheerend sein. Die Bundesregierung begrüßt dennoch das Manöver DEF 20 und unterstreicht „die Wertschätzung der USA für multinationale Zusammenarbeit“ und das „deutliche Bekenntnis“ der USA zur „Sicherheit Europas“. Ob

solches Säbelrasseln wirklich mehr Sicherheit bringt, darf bezweifelt werden – es ist im Gegenteil zu befürchten, dass durch solche Manöver die Kriegsgefahr in Europa wächst. Deswegen ist es notwendig – und wegen der größeren Vorlaufzeit auch möglich – sowohl dezentrale auch bundesweite Aktion der Friedensbewegung und hoffentlich zahlreicher Bündnispartner vorzubereiten.

Claudia Haydt



KONGRESS

DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V. TÜBINGEN

SCHLATTERHAUS Osterbergstraße 2 30.11.+1.12.2019

Rüstung

NEUE TECHNOLOGIEN FÜR NEUE GROßMÄCHTKONFLIKTE

Digital

SAMSTAG / 30.11.2019

- 12:00 - 12:15 REGISTRIERUNG
- 12:15 - 18:00 GEGESTRANDE DIGITAL
 - China, China, Du! Beobachtung durch Technologie (Christoph Meinel)
 - Wirkraum als unabhängige Domäne der Digitalisierung (Ulrich Engel)
 - Autonome Waffensysteme und der Versuch der Regulierung (Christoph Meinel)
- 18:30 - 19:00 GEFECHTSDIGITAL
 - „Virtuelle als Mittel des Schließens der Lücke“ (Michael Schuler aus Berlin)
 - „Mensch-Maschine: 1:1-Großkopie zum Virtual-Commander“ (Ulrich Engel)
- 19:30 - 17:00 RÜSTUNG DIGITAL
 - „Digitalisierung der Bundeswehr“ auf dem Weg in die Kriegswirtschaft? (Matthias Kirsch)
- 19:00 - 22:00 KONTEXTUE DIGITALISIERUNG ALS CHANCE!
 - Technische und militärisches Revolutionen

SONNTAG / 01.12.2019

- 10:00 - 11:00 GEGESTRANDE DIGITAL
 - „Evidenz gestützte Aufträge“ (Ulrich Engel, Michael Schuler und Ulrich Engel)
 - (Ulrich Engel)
- 11:15 - 12:45 PROBLEME DER DIGITALEN AUFRÜSTUNG
 - „Die Digitalisierung von US-OT“ (Thomas, Arbes und Riss)
- 13:00 - 14:30 ANSCHLUSSKONFERENZ
 - „Lücken der 2%“ (Christoph Meinel und Ulrich Engel)

Infos unter: www.imi-online.de

IMI-Kongress 2019 vom 29. Nov. bis 1. Dez. in Tübingen, Österbergstr. 2 (Schlatterhaus)

Mit der verstärkten Ausrichtung auf Konflikte zwischen Großmächten erhält auch die Auseinandersetzung um die Führerschaft bei militärisch relevanten Technologien einen neuen Stellenwert. Allerorten ist von sog. „Sprunginnovationen“ die Rede, technische Quantensprünge, die es vor der Konkurrenz zu entdecken und zu implementieren gelte. „Digitalisierung“ ist dabei nicht nur ein Modewort, sondern die Vision von einer umfassenden „Kampfwertsteigerung“ mit der Unterstützung durch Künstliche Intelligenz. Sämtliche Komponenten der Kriegführung vom Kriegsschiff und Flugzeug über den Panzer bis hin zum einfachen Soldaten sollen vernetzt und mit Sensoren ausgestattet werden, um in Echtzeit Lagebilder des Kampfgeschehens zu erstellen und in die Kommandozentralen zu übermitteln. Dieses „gläserne Gefechtsfeld“ soll die militärische Überlegenheit gewährleisten. Aktuelle Rüstungsprojekte der Europäischen Union zielen darüber hinaus auf die Kooperation zwischen bemannten und unbemannten Waffensystemen.

Die hiermit formulierten Ansprüche erfordern eine tiefgreifende Umstrukturierung der Forschungslandschaft und der Rüstungsindustrie. Digitale Systeme müssen dazu in deutlich kürzeren Zyklen entwickelt, getestet, beschafft und für den Einsatz bereitgestellt werden – Wissenschaft, Industrie und Militär deshalb enger kooperieren. Mit der Beschleunigung technologischer Innovationen in der Kriegführung geht ein Trend zum Aufbau einer „permanenten Kriegswirtschaft“ einher.

Nähere Infos: www.imi-online.de